



## Fakten und Argumente

www.neue-soziale-marktwirtschaft.cdu.de



NEUE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

### Merkel: Jetzt beginnt die **Diskussion** in der Partei

Nach eingehender Beratung haben Präsidium und Bundesvorstand am 27. August beschlossen, das von Angela Merkel vorgelegte Konzept zur „neuen Sozialen Marktwirtschaft“ als Diskussionspapier in die Partei zu geben.

„Wir haben mit dem Beschluss von heute einen ganz wichtigen Punkt der inhaltlichen Erneuerung erreicht“,

erklärte die Parteivorsitzende im Anschluss an die Gremiensitzung. Eine intensive Diskussion innerhalb und außerhalb der Partei soll jetzt den Leit Antrag vorbereiten, in dem die Antwort der CDU auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts als Beschlussentwurf dem Dresdener Parteitag im Dezember vorgelegt wird. (Seite 3-4)

#### INHALT

##### SOMMERTOUR:

Angela Merkel: Mitbestimmung „kein Klotz am Bein“ der Unternehmen  
SEITE 9 - 10

##### POPKOMM 2001

CDU initiiert  
Dialogforum „Musik“  
SEITE 14 - 15

##### DOKUMENTATION

Neue Soziale Marktwirtschaft. Diskussionspapier der CDU. Kurzfassung  
INNENTEIL

## Schröder und die SPD brechen ein

■ Gunnar Uldall: Angela Merkels Papier zur „neuen Sozialen Marktwirtschaft“ verdient volle Unterstützung (Seite 4) ■ Volker Rühle: Voraussetzung für Bündnistreue ist die militärische Bündnisfähigkeit (Seite 5) ■ Friedrich Merz: Dramatische Unterfinanzierung der Bundeswehr öffentlich bewusst gemacht (Seite 6) ■ Angela Merkel: Wir stimmen der Entsendung von Soldaten der Bundeswehr nach Mazedonien zu (Seite 7–8) ■ Hamburg: Regierungswechsel in der Handstadt rückt in immer greifbarere Nähe (Seite 16–17) ■ Berlin: Frank Steffel – ein dynamischer Kandidat mit eigenem Stil (Seite 17) ■ Senioren Union in Schloss Wendgräben: Vertieftes Verständnis für Fragen, die über die Tagespolitik hinaus gehen (18) ■ CDU-Broschüre und KAS-Arbeitspapiere zum Thema PDS – Fakten und Hintergründe (Seite 19)

**„Wir haben eine sehr gute Sommerpause hinter uns,“ hat Angela Merkel festgestellt. Die Sozialdemokraten haben keinen Anlaß, auch nur halbwegs zufrieden zu sein. Denn im August hat sich die politische Stimmung gegenüber dem Meinungsklima im Juli deutlich verändert – zulaufen der SPD.**

Einen großen Sprung auf Platz 1 haben als Fraktionsgemeinschaft im Deutschen Bundestag CDU und CSU gemacht. Zum letzten Mal war die Union in dieser Position vor einem Jahr.

Die Zahlen des ZDF-Politbarometers: ■ CDU und CSU = 39 % (Juli: 36) ■ SPD = 38 % (42) ■ Grüne = 8 % (6) ■ FDP = 7 % (10) ■ PDS = 5 % (4).

Parallel dazu ist im August die Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung erheblich gesunken, nachdem sie seit Mai – auf

der Skala plus bis minus 5 – von 0,3 auf 0,5 stetig angestiegen war.

Die Bundesregierung wird jetzt nur noch mit 0,2 bewertet – so kritisch wie noch nie in diesem Jahr

■  
Futsch!

*Beginnt Schröders ruhige Hand nun doch zu zittern? fragt der „Tagesspiegel“ und antwortet darauf mit der Feststellung, dass die Umfragedaten dieser Tage keine vorübergehenden Unruhedaten sind. Die Arbeitslosigkeit bereitet den Bürgern Sorge. Die SPD verliert ihren Kompetenzvorsprung bei der Lösung dieses Problems. Die politische Stimmung dreht sich. Schröders Popularität bricht ein wie ein Neuer-Markt-Wert nach Gewinnwarnung. Die rot-grüne Mehrheit ist derzeit futsch.*

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementpreis jährlich 60,- DM, Einzelpreis 1,60 DM, Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

ANGELA MERKEL:

# Ludwig Erhard würde heute andere Wege gehen als 1949

**Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – diese Prinzipien behalten ihre Gültigkeit. Aber sie würden bald nicht mehr bedingungslos gelten, wenn die Politik nicht den Mut und die Kraft aufbrächte, die wirtschaftliche Ordnung der Freiheit, die Soziale Marktwirtschaft, auf eine neuen Stufe zu heben.**

Die Sozialdemokraten haben erkennbar nicht die Kraft, Strukturen und Instrumente unserer Wirtschaftsordnung

**FÜR EINEN  
NEUEN VERTRAG  
ZWISCHEN  
POLITIK UND  
BÜRGER**

den veränderten Bedingungen anzupassen, die unsere Arbeits- und Lebenswelt schon morgen bestimmen.

Wie 1949, als Ludwig Erhard mit dem Konzept einer sozialer Marktwirtschaft die Grundlagen für den Wohlstand unseres Landes legte, ist es heute wieder die CDU, die eine entscheidende politische Weichenstellung vornimmt und gleichzeitig ihre Grundsätze bewahrt.

Nur auf diesem Weg können wir für die Menschen auch künftig ■ die Chance der Teilhabe an Arbeit und Kapital offen halten, ■ den Schutz öffentlicher Sicherungssysteme garantieren, ■ Familien und soziale Netzwerke stärken.

Neue Soziale Marktwirtschaft – das heißt

**erstens:** die Prioritäten politischen Handelns neu ordnen, etwa durch den lebenslangen Zugang zur Bildung für alle;

**zweitens:** den weltweiten Wettbewerb neu ordnen, etwa durch einen fairen Zugang der Entwicklungsländer zum freien Handel oder beim Schutz geistigen Eigentums;

**drittens:** neue Strukturen schaffen und neue politische Instrumente anwenden, etwa freiwillige Selbstverpflichtungen vorsehen, wo es bisher nur Gesetze und Verordnungen gegeben hat, mehr betriebliche und regionale Regelungen, wo bisher „Flächen“lösungen an der Tagesordnung waren.

Genau das wäre eine moderne Politik der Mitte. Und genau diese Politik bietet die



CDU allen Bürgern dieses Landes an: in einem Vertrag, dessen Grundlage der Gedanke der Gegenseitigkeit ist. Danach werden sich die Bürger auf die Politik verlassen können und auch ihren Beitrag zum Wohlergehen des Gemeinwesens leisten – aus der Einsicht heraus, dass die Chancen des Einzelnen und die Chancen aller im Zusammenhang stehen.

Der andere Name für das, was wir auf diese Weise – „vertraglich“ – vereinbaren wollen: Wir-Gesellschaft, das große Ziel, das die Soziale Marktwirtschaft auf einer neuen Stufe erreichen soll.

<http://>

[www.neue-soziale-marktwirtschaft.cdu.de](http://www.neue-soziale-marktwirtschaft.cdu.de)  
– unter dieser Internet-  
adresse finden sie  
Lang- und Kurzfassung  
des Papiers

## Eckpunkte des Papiers

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts zeichnen sich epochale Veränderungen ab: die digitale Revolution und die rasante Ausbreitung neuer Hochtechnologien, die als „Globalisierung“ bezeichnete weltweite Vernetzung von Volkswirtschaften und Unternehmen, die erheblichen Veränderungen im Bevölkerungsaufbau und ein tief greifender Erfahrung- und Wertewandel.

Aufgabe vorausschauender Politik muss es sein, für die großen Veränderungen einen neuen Ordnungsrahmen zu schaffen, der die Risiken auffängt und es den Menschen ermöglicht, ihre Chancen zu ergreifen.

■ Deutschland braucht eine Qualifizierungsoffensive.

In der Wissensgesellschaft wird die Fähigkeit, sich Wissen anzueignen, zu nutzen und weiterzuentwickeln zum Haupterfolgsfaktor.

■ Deutschland braucht eine Offensive für mehr Transparenz und Flexibilität. In Zeiten ständigen Wandels und rascher Innovationen müssen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft hochflexibel agieren und reagieren können.

■ Deutschland braucht eine

GUNNAR ULDALL:

## Angela Merkels Papier verdient volle Unterstützung

**Zur Diskussion um das CDU-Papier „neue Soziale Marktwirtschaft“ erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion:**

Der Parteivorsitzenden ist mit dem Papier ein großer Wurf gelungen. Deshalb verdient es unsere volle Unterstützung. Wie der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland wieder Schwung verliehen werden kann – darauf gibt Angela Merkels Positionspapier Antwort. Wenn das Wirtschaftswachstum nicht ewig nur bei unter zwei Prozent dümpeln soll, ist ein Befreiungsschlag notwendig – besonders in der Steuer-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik.

**Offensive** gegen Beschäftigungshemmnisse. Trotz hoher Aufwendungen für eine aktive Arbeitsmarktpolitik hat Deutschland im internationalen Vergleich kaum Erfolge bei der Bekämpfung der viel zu hohen Arbeitslosigkeit vorzuweisen.

■ Deutschland braucht eine **Offensive** für einen

Die „Verteidigung“ Ludwig Erhards durch Franz Müntefering mutet indes merkwürdig an, angesichts des Proteststurms der Sozialdemokraten in den fünfziger Jahren gegen das Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“. Aber auch das Kurzzeitgedächtnis scheint der SPD abhanden gekommen: Von Modernisierung, Innovation und sozialer Gerechtigkeit kann wohl angesichts der wirtschaftlichen Misere, in die uns diese rotgrüne Bundesregierung hineinmanövriert hat, nicht die Rede sein.

Anspruch und Wirklichkeit, Verpackung und Inhalt klaffen bei allen Flickwerken – auch Reformen genannt – weit auseinander.

verlässlichen Sozialstaat. Die Solidarsysteme, die die großen Lebensrisiken Krankheit und Alter absichern, sind gefährdet. Eine immer größer werdende Zahl Leistungsbezieher steht einer immer kleiner werdenden Zahl derer gegenüber, die in das Solidarsystem einzahlen. **UD**

VOLKER RÜHE:

## Voraussetzung für **Bündnistreue** ist die militärische Bündnisfähigkeit

**Aus der Rede des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion anlässlich der Mazedonien-Debatte im Deutschen Bundestag am 29. August:**

Mit ihrem Antrag fordert die Bundesregierung den Bundestag auf, der Entsendung deutscher Soldaten zu einem NATO-Einsatz zuzustimmen, der auf 30 Tage befristet das Einsammeln und Zerstören von freiwillig abgegebenen Waffen vorsieht. In Wirklichkeit geht es um sehr viel mehr, das hat der Bundesaußenminister deutlich gemacht. Wir müssen einen vollen Ausbruch des Bürgerkrieges verhindern.

### Schwaches Mandat

Die NATO hat sich ein ungewöhnlich schwaches Mandat gegeben, von dem möglicherweise nicht ein wesentlicher Beitrag zur Stabilisierung und Befriedung des Landes zu erwarten ist. Die Sorge spürt man ja. Die täglichen Berichte aus Mazedonien über die eigentlichen Absichten, die

die Konfliktparteien mit der Präsenz der NATO in Mazedonien verbinden, belegen, dass das Mandat nicht ganz ehrlich ist und dass sie völlig unterschiedliche Vorstellungen haben. Das müssen unsere Soldaten wissen.

Der NATO-Rat hat das Mandat beschlossen und der Deutsche Bundestag wird es auch nicht mehr ändern können. Das heißt aber nicht Ende der Diskussion. Im Übrigen müssen wir auch die Chance wahrnehmen, bei diesen neuen Aufgaben natürlich über die Mandate zu diskutieren. Wir müssen, und das muss auch die Bundesregierung machen, heute an diesem Tage die Öffentlichkeit über alle Eventualitäten in Kenntnis setzen. Wir müssen ungeschminkt sagen, mit welcher Lage unsere Soldaten in Mazedonien konfrontiert werden.

Bündnissolidarität besteht für uns nicht darin, in erster Linie 500 deutsche Soldaten

mit diesem Mandat für 30 Tage nach Mazedonien zu schicken. Bündnissolidarität heißt, für die Durchhaltetüchtigkeit unserer Soldaten zu sorgen, damit sie sich dauerhaft mit den Verbündeten an der Friedensoperation beteiligen können. Militärische Bündnisfähigkeit ist die wirkliche Voraussetzung für Bündnistreue. Wir haben von Anfang an die Defizite der Bundeswehr deutlich gemacht und gesagt, dass wir uns einen Einstieg in eine finanzielle Verbesserung der Bundeswehr wünschen.

### Wir stehen hinter unseren Soldaten

Das, was wir erreicht haben, ist gemessen an den rie-

### Keine **eigene** Mehrheit mehr

Bei der Abstimmung im Bundestag über den Einsatz der Bundeswehr in Mazedonien hat die rot-grüne Koalition ihre eigene Mehrheit verfehlt. Nach Auszählung der Stimmen ergab sich: 267 SPD-Abgeordnete: ja, 19 SPD-Abgeordnete: nein, 38 Abgeordnete der Grünen: ja, 5 Nein-Stimmen. Koalitionsmehrheit: 15.

sigen Defiziten der Bundeswehr bitter wenig. Aber eines sage ich Ihnen auch und vor allen Dingen dem Bundeskanzler: Es ist deutlich geworden, dass Sie das Thema der drastischen Unterfinanzierung der Bundes-

wehr nicht mehr von der Tagesordnung bekommen. Wir haben jetzt erreicht, dass in besonders geschützte Fahrzeuge wie dem Dingo investiert wird, die erst in Monaten kommen. Das ist ein Einstieg in eine bessere

Vorsorge für die Sicherheit unserer Soldaten.

Ab heute Abend wissen unsere Soldaten, dass alle Abgeordneten in diesem Bundestag, egal wie sie abstimmen, hinter ihnen stehen.

FRIEDRICH MERZ:

## Dramatische **Unterfinanzierung** der Bundeswehr bewusst gemacht

### Aus der Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Wir alle wissen: Der Deutsche Bundestag kann ein in der NATO beschlossenes Mandat nicht nachträglich abändern.

Aber wir hätten schon erwartet, dass die Bundesregierung das Gewicht Deutschlands in der NATO nutzt, um ein besseres Mandat zu erreichen. Es ist eine Frage der außen- und sicherheitspolitischen Führungsfähigkeit, ob ein Land von der politischen Bedeutung wie Deutschland in der Lage ist, die eigenen Bedenken nicht nur zu formulieren, wie dies der Bundeskanzler und auch der Verteidigungsminister im nachhinein getan haben, sondern im Bündnis Veränderungen auch durchzusetzen.

Die unionsgeführte Bundesregierung hat diese Kraft unter Beweis gestellt. Sie hat Deutschlands Einfluss nicht zuletzt dadurch gefestigt, dass sie die Bundeswehr auf neue Einsätze vorbereitet und diese gegen den zum Teil erbitterten Widerstand von SPD und Grünen politisch auch durchgesetzt hat. Heute ist es nicht die Opposition, sondern die Politik der rot-grünen Regierung, die die Zuverlässigkeit Deutschlands als Bündnispartner in Frage stellt.

### Die Politik der Bundesregierung ist voller Widersprüche

Als das NATO-Konzept für die Operation „Essential Harvest“ gebilligt wurde, erhob die deutsche Regie-

rung in der NATO offenbar keine Einwände, stellte es aber in Deutschland dann selbst in Frage. Bundeskanzler Schröder sprach von einem möglichen weitergehenden, längeren Einsatz und von einem „robusteren“ Mandat.

Was aber wäre denn ein „robusteres“ Mandat gewesen? Die eigene Fähigkeit zum Rückzug ohne fremde Hilfe und ein Notwehrrecht – wie Sie jetzt betonen, Herr Bundeskanzler, – das ist doch selbstverständlich. Aber wäre etwa ein Mandat mit unbeschränktem Nothilferecht der Soldaten „robuster“ gewesen? Ein Mandat beispielsweise, mit dem es den Soldaten erlaubt wäre, Massaker an der Bevölkerung zu verhindern?

Wenn das richtig gewesen wäre, und ich meine, es wäre richtig gewesen,

ANGELA MERKEL:

## Wir stimmen der **Entsendung** von Soldaten der Bundeswehr nach Mazedonien zu

warum hat die Bundesregierung ihren Einfluss dann nicht geltend gemacht, ein solches Mandat auch zu formulieren und durchzusetzen?

Unser Ziel war von Anfang an, mehr Sicherheit für unsere Soldaten zu erreichen und die bestehenden Ausrüstungsmängel wenigstens teilweise zu beseitigen. Statt der von Ihrer Regierung zunächst geplanten 15 Millionen DM reiner Stationierungs- und Aufenthaltskosten stehen jetzt 148 Millionen DM zur kurzfristigen Verbesserung der Ausrüstung und ab 2002 weitere 150 Millionen DM für die Nachrüstung der Marder-Panzer mit dem dringend notwendigen Minenschutz zusätzlich zur Verfügung. Dies ist ein substantieller Fortschritt.

Wir wissen gleichzeitig: Die Finanz- und Ausrüstungskrise der Bundeswehr ist damit nicht überwunden. Aber eines ist doch zusätzlich erreicht worden: Die großen Probleme der Bundeswehr, die dramatische Unterfinanzierung, die die Bundesregierung unter Ihrer Führung zu verantworten hat – dies ist mit der Diskussion der vergangenen Wochen nachhaltig ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt.

### **Aus der Bundestagsrede der Parteivorsitzenden:**

Schon lange nicht mehr mussten die Abgeordneten in diesem Hause eine Entscheidung treffen, bei der sich eine so große Kluft zwischen Hoffnung, vielleicht sogar Illusion über den Erfolg eines Einsatzes der NATO auf der einen Seite und Sorge über ein mögliches Scheitern auf der anderen Seite auftrat. Ich glaube, wir sind uns einig, dass Politik niemals allein dem Prinzip Hoffnung folgen sollte. Politik muss, wenn sie das Vertrauen der Menschen gewinnen oder behalten will, immer vorausdenken. Vorausdenken heißt, das Ziel zu kennen und sich über den Weg im Klaren zu sein. Weg und Ziel sind dabei eine Einheit.

Ich glaube, das Ziel des bevorstehenden Einsatzes der NATO in Mazedonien ist gut und richtig. Es gilt, alles zu tun, um einen fürchterlichen Bürgerkrieg zu verhindern. Es gilt, Frieden, Freiheit und Demokratie

auch in diesem Lande in Europa Wirklichkeit werden zu lassen.

Dieses Ziel zeigt, dass sich die NATO gemeinsam mit der Europäischen Union als Wertegemeinschaft versteht. Das ist mehr als eine Militärgemeinschaft. Die NATO ist und war immer eine Wertegemeinschaft. Deshalb ist es unerlässlich, dass wir ihr Ansehen und ihre Autorität durch klare Mandate stärken.

---

### Zweierlei im Blickwinkel

Die heutige Entscheidung verlangt uns allen sehr viel ab. Die NATO verändert sich. Selten haben wir über ein Mandat so intensiv diskutiert wie über dieses. Wir als Opposition tun das aus zweierlei Blickwinkeln: Wir haben zum Ersten diese Bundesregierung kritisch zu begleiten und haben zum Zweiten aus unserem eigenen Selbstverständnis her-

aus zu urteilen. Die Entscheidung über das Mandat ist auf der einen Seite unabwendbar. 19 Staaten haben im NATO-Rat eine Entscheidung gefasst. Als eine Oppositionspartei in Deutschland muss man schon sehr gut überlegen, ob man sagen kann: Wir wissen, dass es anders gehen müsste.

### Ihre eigenen Leute waren nicht belastbar

Aber auf der anderen Seite müssen wir als kritische Überwacherin der Bundesregierung fragen, ob denn die deutsche Bundesregierung alles getan hat, um das Mandat so auszugestalten, wie wir es für notwendig halten.

Man wird es noch aussprechen dürfen: Ich persönlich hatte in den letzten Tagen manchmal den Eindruck, dass Sie sich für ein belastbares Mandat nicht ausreichend einsetzen konnten, weil Ihre eigenen Leute gegenüber der NATO nicht genug belastbar sind. Das ist für mich die Wahrheit.

Aber es ist jetzt eine Entscheidung gefallen. Weil die Aufgabe so ist, wie sie ist, kommt der Frage, in welchem Zustand sich die Bundeswehr befindet, eine ganz besondere Bedeutung zu.

Die Bundeswehr ist in diesem Jahr um 3 Milliarden DM erwiesenermaßen unterfinanziert, und zwar in Bezug auf unsere mittelfristige Finanzplanung, die selbst schon nicht üppig war. Deshalb – das habe ich gemerkt, als ich in Amerika war – sprechen unsere Verbündeten offen darüber, dass sie sich um unsere Bundeswehr Sorgen machen.

Durchhaltbarkeit ist für mich die Voraussetzung für Bündnisfähigkeit, und Bündnisfähigkeit ist die Voraussetzung für den Erfolg der NATO und damit auch für das Vertrauen der Menschen.

Wir sind uns unserer Aufgabe als Opposition sehr bewusst. Auf der einen Seite steht die kritische Frage: Was können wir tun? Auf der anderen Seite steht die Frage: Was ist unsere Haltung zur NATO? Wir haben unsere kritische Aufgabe den ganzen Sommer über sehr bewusst und sehr intensiv wahrgenommen. Dabei haben wir Erfolge gehabt. Diese Erfolge lasse ich nicht kleinreden. Hier haben wir Wichtiges erreicht.

Wir haben in der deutschen Bevölkerung Aufmerksamkeit dafür geweckt, dass die Bundeswehr in einem schlechten Zustand

ist, und zwar seit dem Jahre 1998, als Sie die Regierungsverantwortung übernommen haben.

### Wir haben für unsere Soldaten viel erreicht

Wir haben an zwei entscheidenden Stellen – zum einen in Bezug auf diesen Einsatz und zum anderen in Bezug auf die Panzerung von Marderfahrzeugen – wichtige Verbesserungen für die Soldaten erreicht.

Auf der anderen Seite müssen wir sagen, dass Probleme bleiben. Deshalb ist unsere Entscheidung das Ergebnis einer Abwägung, die wir in den letzten Wochen bzw. Tagen – viele in den letzten Stunden – vorgenommen haben, einer Abwägung zwischen dem, was am Zustand der Bundeswehr zu kritisieren ist, und dem, was von uns als Unterstützung der Soldaten zum Ausdruck gebracht werden kann.

Vor diesem Hintergrund spreche ich mich als Ergebnis eines solchen Abwägungsprozesses klar dafür aus, dem Antrag zur Entsendung von Soldaten der Bundeswehr nach Mazedonien zuzustimmen. Die Union steht an der Seite der Soldaten und ihrer Familien. **UD**

„MACHEN WIR MEHR AUS UNSEREM LAND

# Angela Merkel: Die Mitbestimmung ist „kein Klotz am Bein“ der Unternehmen

## VIERTER TAG

der SommerTour der Parteivorsitzenden: In Kassel steht die Cobion AG auf dem Besuchsprogramm. Die Internetfirma entwickelt Software für Bilderkennung- und Bildanalysetechnik.



Das System hilft, vermisste Kinder aufzuspüren oder pornografische Online-Angebote zu blockieren. Allerdings hört die Parteivorsitzende auch in Kassel Klagen über einen akuten Mangel an ausgebildeten Fachkräften. Deshalb fordert sie die Bundesregierung auf, endlich durchdachte Konzepte für einen Abbau des Fachkräftemangels vorzulegen.

**FÜNFTER TAG:** Im baden-württembergischen Oberndorf besucht Angela Merkel die Herz automotive GmbH, Sieger des württembergischen Start-up-Wettbewerbs 2001 für Existenzgründer. Das erst im vergangenen Jahr entstandene kleine mittelständische Unternehmen beschäftigt 12 Mitarbeiter und stellt ge-

ätzte Metallteile für die Autoindustrie her.

In Ditzingen geht es am Nachmittag weiter zum Werkzeugmaschinenhersteller TRUMPF mit einem Jahresumsatz in Höhe von 2 Milliarden Euro. Nach der Begrüßung durch den Geschäftsführer Martin Benzinger folgen eine Betriebsbesichtigung und Gespräche mit den Mitarbeitern. Dabei betont die Parteivorsitzende, dass die Mitbestimmung „kein Klotz am Bein“ der Unternehmen sei. Gleichwohl bleibe das freie und dynamische Unternehmertum das Herzstück der Sozialen Marktwirtschaft. Deshalb müsse die Wirtschaftsordnung so ausgestaltet werden, dass die Schwachen nicht ausgegrenzt und die Starken nicht

aus dem Land getrieben werden.

**SECHSTER TAG:** Erste Station in Bremen ist am Donnerstagvormittag die Orbitale Hochtechnologie System GmbH, ein führender Hersteller im Satellitenbau sowie in der Entwicklung von Nutzlasten und Untersystemen für die internationale Raumstation. Bei dieser Gelegenheit spricht sich Angela Merkel für ein engeres Zusammenwirken der norddeutschen Länder beim Ausbau der Zukunftstechnologien aus.

Am Mittag reist sie weiter nach Wilhelmshaven und informiert sich über das Bauprojekt Tiefwasserhafen, der in einem Gemeinschaftsprojekt der Bundesländer Bremen, Hamburg und Niedersachsen entsteht. Am Ende der Tagestour eröffnet Angela Merkel als Oldenburger Grünkohlkönigin das 26. Altstadtfest.

**SIEBTER TAG:** Erste Station in Sachsen-Anhalt am Freitagvormittag das Innovations- und Gründerzentrum (IGZ) in Magdeburg.

Das IGZ bietet Existenzgründern, wissenschaftlichen Einrichtungen und mittelständischen Unternehmen die Möglichkeit, Produktideen bis zur Marktreife zu führen. Während ihres Aufenthaltes besichtigt Angela Merkel mehrere Betriebe im Gründerzentrum.

Am Nachmittag informiert sie sich im Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung in Gatersleben unter anderem über die Fortschritte der Stammzellenforschung. Dabei fordert sie die Schröder-Regierung auf, der grünen Gentechnik die dringend benötigten Forschungsmittel nicht länger zu verweigern. Es sei nicht akzeptabel, dass die Bundesregierung Zulassungsverfahren schier endlos hinausziehe, während es Schröder bei der ethisch viel problematischeren Humanogenetik nicht schnell genug gehe. Obwohl gerade die Forschung an embryonalen Stammzellen Fragen nach dem Schutz des ungeborenen Lebens und der Menschenwürde aufwerfen würde, sehe der Bundeskanzler hier offensichtlich keine Probleme hinsichtlich der Abwägung mit wirtschaftlichen Interessen.

Angela Merkel kritisiert, dass der Bundeskanzler die



Fotos: Laurence Chaperon

Chancen der grünen Gentechnik für den deutschen Mittelstand und die Landwirtschaft ausklammere, nur um dem Koalitionspartner entgegenzukommen. Nahezu unabsehbar seien die Folgen dieser Politik für die Bekämpfung des Hungers in der Welt. Dabei genieße die deutsche Forschung auf diesem Gebiet international hohes Ansehen.

**ACHTER TAG:** Gast in Ahrensburg und in der Druckerei des Axel Springer Verlags. Anschließend geht es weiter nach Bargtheide ins Haus des Kinderschutzbundes. In der mit dem Qualitätssiegel „Blauer Elefant“ ausgezeichneten Einrichtung werden Beratung und Spaß für Kinder und Eltern angeboten.

Die große Politik sollte in Bargtheide außen vor bleiben. Zwischen Malbüchern und Batikfarben, Kindern

und ehrenamtlich Tätigen versucht Angela Merkel sich einen Einblick in die Arbeit der Familienhilfe zu verschaffen. Der Leiter des Kinderhauses, Ingo Loeding, führt die Parteivorsitzende durch die Räume und erläutert Aufgabenschwerpunkte und Arbeitsfelder.

In Neumünster auf dem Sommerfest der CDU Schleswig-Holstein ist Angela Merkel rasch von Menschen umringt, die alle eine Autogrammkarte ergattern möchten. „Wenn wir gewinnen, werden wir 2002 die Ökosteuer wieder abschaffen“, verspricht sie ihren Zuhörern. Anschließend zieht sie eine positive Bilanz ihrer SommerTour durch Deutschland. Die Eindrücke über die Veränderungen der Arbeitswelt hätten sie in ihrer Auffassung bestärkt, dass die Gesellschaft eine neue Stufe der Sozialen Marktwirtschaft erreicht habe.

## Fehlanzeige

■ Auch diesmal perfekt inszeniert und auf mediale Außenwirkung ausgerichtet. Für die neuen Bundesländer hat die Sommerreise des Kanzlers aber nichts gebracht. ■ Stadumbauprogramm: eine Mogelpackung ■ Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die bevorstehende EU-Osterweiterung: keine Spur ■ überhaupt Offenheit für Ostdeutsche und beitriftswillige Nachbarn: Fehlanzeige. **Günter Nooke**, Sprecher der ostdeutschen Abgeordneten der CDU/CSU: „Außer Spesen nichts gewesen.“

## Mogelpackung

■ Rot-Grün strebt eine finanzielle Weichenstellung für die Städtebauförderung 2002 auf der üblichen Grundlage einer Verwaltungsvereinbarung mit den Ländern an. Den milliarden-schweren Schönrechnungen des Kanzlers auf seiner Sommerreise zum Trotz ernüchterndes Fazit: Durch die Städtebauförderung der öffentlichen Hand werden im kommenden Jahr nicht mehr, sondern weniger Bauinvestitionen ausgelöst. **Dietmar Kansy**, baupolitischer Sprecher der CDU/CSU macht folgende Gegenrechnung auf: „476 Millionen Euro im nächsten

Jahr für die Städtebauförderung. Das ist zunächst ein Plus von 41 Millionen Euro gegenüber dem laufenden Jahr. Allerdings sollen die Finanzhilfen für die traditionelle Städtebauförderung in den alten und neuen Ländern um jeweils 51 Millionen Euro zurückgefahren werden. Kürzung am Programm *Soziale Stadt*: um 25 Millionen Euro. Insgesamt und in DM ausgedrückt: 250 Millionen weniger.“

## In den Ruin getrieben

■ Umsatzrückgang um 12 Prozent, 5 Prozent Minus allein bei den öffentlichen Investitionen, 230.000 Arbeitslose, 100.000 weitere Arbeitsplätze in Gefahr – das ist die Lage der Bauwirtschaft nach den ersten sechs Monaten dieses Jahres.

**Hansjürgen Doss**, mittelstandspolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Die rot-grüne Bundesregierung ignoriert aber diese verheerende Entwicklung. Schlimmer noch: Sie hat die Rahmenbedingungen für den Bau sogar massiv verschlechtert – durch ■ Verteuerung der Energie ■ Erhöhung der Lohnnebenkosten ■ Verschlechterung der Eigenheimförderung ■ drastische Kürzung der Investitionsausgaben im Bundeshaushalt.“

## Hilfloser Versuch

■ Rot-Grün will öffentliche Aufträge im Baubereich und im öffentlichen Nahverkehr künftig nur noch an Unternehmen vergeben, die an Tarifverträge gebunden sind. **Hartmut Schauerte**, wettbewerbspolitischer Sprecher der CDU/CSU weist darauf hin, dass den Konsequenzen des Vergaberechts rund 400 Milliarden Mark unterliegen: mehr als 10 Prozent des deutschen Brutto-sozialprodukts: „Die Einführung einer Tarif-Treuerklärung ist nichts anderes als der hilflose Versuch, das nicht mehr zeitgemäße deutsche Gewerkschaftskartell der Flächentarife zu schützen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sagt dazu in aller Deutlichkeit: Nein.“

## Debatte beenden

■ Äußerungen von Finanzminister Eichel zum Stabilitätspakt sind geeignet, den Erfolg der Währungsunion ernstlich zu gefährden und das Vertrauen in die Institutionen der EU insgesamt zu erschüttern. **Gerda Hasselfeldt**, finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU: „Die Debatte ist völlig unnötig, kommt zur Unzeit und muss sofort beendet werden.“ Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist mit seinem Defizitkriterium und dem darin an-

gelegten Zwang zur Haushaltskonsolidierung ein Grundpfeiler der Europäischen Währungsunion. Er wurde so angelegt, dass er über alle konjunkturellen und politischen Zyklen hinweg die Teilnehmerstaaten zur Haushaltsdisziplin verpflichtet und sie zur verlässlichen Konstante der europäischen Fiskalpolitik macht. Was soll der Bürger, fragt die Fraktionssprecherin, von künftigen europäischen Vertragswerken halten, wenn langfristig angelegte Regelungen schon bei der ersten ernsthaften Bewährungsprobe über Bord geworfen werden?

### Absoluter Vorrang

■ Nach einer Unterrichtung der zuständigen Obleute über den Sachstand Lipobay am 16. August haben **Wolfgang Lohmann**, gesundheitspolitischer Sprecher der CDU/CSU, **Ulf Fink** und **Aribert Wolf**, die zuständigen Berichterstatter der Fraktion, das Ziel der Bundesministerin begrüßt, die Arzneimittelsicherheit auszubauen. Denn: „Dem Schutz der Patienten ist absoluter Vorrang einzuräumen.“ Geprüft werden muss, wie es zu der Lipobay-Affäre hat kommen können. So viel ist heute schon klar: Die Informationspolitik des

Unternehmens in der internationalen und europäischen Zusammenarbeit war unzureichend.

### Heroinprojekt

■ Seit drei Jahren bemüht sich Rot-Grün, sein Lieblingsprojekt staatlicher Heroinabgabe auf den Weg zu bringen. Ohne Chance allerdings die dazu notwendige Änderung des Betäubungsmittelgesetzes. Deshalb nun die Unterzeichnung eines Kooperationsvertrags zur Durchführung eines Modellprojekts, an dem nach dem Abschied einiger zunächst interessierter Kommunen nur noch sieben Städte beteiligt sind. **Hubert Hüppe**, drogenpolitischer Beauftragter der CDU/CSU: „Mit dieser Bevorzugung der Heroinabgabe geht die fatale Vernachlässigung der drängenden Probleme bei Methadon einher.“

### Schon wieder versagt

■ In den Anträgen aller Fraktionen ist die Einbindung von Wissenschaftlern und Institutsleitern bei der BSE-Bekämpfung und beim Verbraucherschutz für unbedingt erforderlich gehalten worden. Doch bis heute hat das von Renate Künast geleitete Bundesministerium noch nicht einmal die

Kompetenz des Arbeitskreises BSE und der Arbeitsgruppe Verbraucherschutz in Anspruch genommen.

**Heinrich-Wilhelm Ronsöhr**, Vorsitzender der AG Verbraucherschutz der CDU/CSU: „Offensichtlich ist Frau Künast nicht bereit, sich mit diesem Sachverstand zu umgeben.“ Dabei gibt es nach wie vor riesige Defizite beim Verbraucherschutz: ■ Fettschmelzen in Europa, die zur BSE-Ausbreitung beigetragen haben, immer noch nicht stillgelegt ■ Tielmehlourimus bis heute nicht unterbunden ■ Produkthaftungsgesetz bisher nicht geändert.

### Beschämend

■ Oberflächlich und erkennbar desinteressiert hat die Bundesregierung die Kleine Anfrage „Ausbildung, Umschulung und soziale Absicherung von Tänzerinnen und Tänzern“ beantwortet. **Nobert Lamert**, kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Nur der Hinweis auf allgemein zugängliche Informationsquellen – [www.arbeitsamt.de](http://www.arbeitsamt.de) – reicht bei weitem nicht. Nötig gewesen wäre z.B., über Verbesserungen im Anschluss an die zeitlich eng befristete künstlerische Laufbahn nachzudenken.“ **UD**

## VOR EINEM ABSENKEN

der Verteidigungsausgaben hat der designierte US-Botschafter in Berlin, Daniel Coats, die Deutschen gewarnt. Die Bundesrepublik müsse wissen, dass „mehr als Rhetorik“ nötig sei, um die Position, die Deutschland in der Nato hat, zu bewahren. Wie Coats weiter bei einer Anhörung im Washingtoner Senat sagte, sind die USA über das Schrumpfen des deutschen Wehretats besorgt und sehen die wichtige Rolle, die Deutschland im Bündnis spielt, gefährdet.

**AUF HARTE KRITIK** ist bei der großen Mehrheit der Deutschen die Sommerreise des Bundeskanzlers gestoßen. 64 Prozent der von Emnid befragten Bürger sehen in dieser Reise nur Effekthascherei und nicht das ernsthafte Bemühen Schröders um die Wünsche und Interessen der Menschen in den neuen Bundesländern.

## FÜR DIE FORTSETZUNG

der großen Koalition in Bremen hat sich zwei Jahre vor der Bürgerschaftswahl 2003 der CDU-Landesvorsitzende Bernd Neumann ausgesprochen. Die erfolgreiche Arbeit, die CDU und SPD seit 1995 für die Hansestadt gemeinsam leisten, sei längst nicht erledigt.

## ERNÜCHTERUNG

macht sich bei den Bundesbürgern immer mehr breit, was die Einschätzung der wirtschaftlichen Aussichten betrifft. Das hat jetzt auch eine Studie ermittelt, die die Wirtschaftsunioren Deutschland (WJD) in Auftrag gegeben haben. Im Zentrum der Kritik: Steuern und Sozialabgaben, die 70% der Befragten als leistungsbehindernd betrachten. Die Wirtschaftsunioren sehen im Ergebnis der Studie ihre Forderung bestätigt, den Freiraum für unternehmerisches Handeln zu vergrößern.

**FRAUEN** im Alter von über 80 Jahren sind häufiger pflegebedürftig als Männer im selben Alter: 42 gegenüber 29 Prozent. Insgesamt waren im Dezember 1999 2,02 Millionen Menschen auf Pflege angewiesen. 72 Prozent davon wurden nach Angaben des Statistischen Bundesamts zu Hause versorgt, 415.000 durch ambulante Dienste betreut und 573.000 in Pflegeheimen.

**PERSÖNLICHE** Gefährdung durch BSE haben nach einer Allensbach-Umfrage im Juni/Juli nur noch 31 Prozent der Bundesbürger gesehen. Im Januar waren es noch 54 Prozent, die Angst

vor der Rinderseuche hatten. Wahrscheinliche Ursache für den Meinungswandel: Mit dem Verschwinden des Katastrophenthemas aus den Medien hat in der Bevölkerung auch das Gefühl einer Gefährdung durch BSE abgenommen.

## DIE KÄFIGHALTUNG

endgültig abschaffen wollen vier von fünf Bundesbürgern. 83 Prozent haben sich nach Emnid für einen entsprechenden Gesetzentwurf des Verbraucherschutzministeriums ausgesprochen. Kommentar der Tierschutzorganisation „Vier Pfoten“: Auch „möblierte Käfige mit Alibiausstattung“ beheben die „Qualen der Legehennen“ nicht.

**STROM** vom Sonnendach wird immer beliebter. Insgesamt 1.089 Förderanträge im Rahmen des 100.000-Dächer-Solarstrom-Programms sind allein im Juli bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau eingegangen. Die Unternehmensvereinigung Solarwirtschaft (UVS) rät Eigenheimbesitzern, möglichst noch in diesem Jahr eine Anlage ans Netz zu nehmen, da die Fördersätze ab 2002 gesenkt werden. Weitere Informationen unter: [www.solarforschung.de](http://www.solarforschung.de) **UD**

## CDU **initiiert** Dialogforum „Musik“ – CDU/CSU fragt nach Perspektiven

Unter dem Motto „Pop im Parlament“ präsentierten am 16. August Generalsekretär Laurenz Meyer und Steffen Kampeter (MdB) auf der POP-KOMM 2001 in Köln, der weltweit größten Musikmesse, die Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag „Bestandsaufnahme und Perspektiven der Rock- und Popmusik in Deutschland“.

Hintergrund der im letzten Jahr an die Regierung gestellten Großen Anfrage waren Gespräche zwischen den Kultur- und Medienexperten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vertretern der Veranstaltungswirtschaft sowie Tonträger- und Phonoindustrie.

### Von der Politik sträflich vernachlässigt

Bei den Diskussionen wurde sehr schnell deutlich, dass der gesamte Bereich des Rock und Pop bis zu diesem Zeitpunkt von der Politik sträflich vernachlässigt wurde. Ganz zu schweigen von der Datenlage und dem Er-

kennnisstand der „Rock- und Pop-Szene“.

Konkret beklagten sich die Experten der Musikindustrie darüber, dass die Musiker aus der Rock- und Popszene nach wie vor nicht von der staatlichen Musikförderung berücksichtigt werden. Zudem waren ca. 13.000 in der Musikindustrie angestellte Personen und die rund 23.000 Menschen, die in knapp 8.000 Verkaufsstellen des Einzelhandels beschäftigt sind, von den von der SPD-Regierung verabschiedeten Regelungen, etwa dem Gesetz über die Scheinselbständigkeit und dem 630-Mark-Gesetz, in besonders negativer Weise betroffen.

Nicht zuletzt wurde auch die Verschärfung der Künstlersozialversicherung, immerhin das Fundament zur sozialen Absicherung von mehr als 100.000 Komponi-



Generalsekretär Laurenz Meyer und Steffen Kampeter im Gespräch mit Dieter Gorny, Vordstandschef der Viva Media AG

sten, Textdichtern und ausübenden Künstlern scharf kritisiert.

Die größten Sorgen bereitet der Branche jedoch die rasante Verbreitung der Rock- und Popmusik per Internet. Schließlich markiert 2001 das Jahr, in dem die Tonträger-Industrie massiv ins Internet einsteigt. Napster II, Pressplay oder MusicNet heißen die Produkte, mit denen der Vertrieb in Zukunft abgewickelt werden soll. In den vergangenen 12 Monaten haben rund 13,7 Millionen Deutsche am heimischen PC ihre eigenen Musik-CDs



Thomas Spahr, Billboard New York, moderiert die Podiumsdiskussion mit Laurenz Meyer und Steffen Kampeter

hergestellt. Schätzungsweise 4 Millionen Personen überspielen sich die neuesten Hits aus dem Internet auf ihre Festplatten.

Noch stärker wuchsen die Ausfälle durch Internet-Piraterie. Die Downloads illegaler Musikangebote im Internet gehen in die Millionen. Als Folge ist der Musikmarkt in Deutschland im Jahre 2000 gegenüber dem Vorjahr um 2,2 Prozent auf 4,7 Milliarden Mark geschrumpft – der vierte Umsatzrückgang in Folge.

### Dialogforum „Musik“ – eine Initiative der CDU

Angesichts einbrechender Umsatzzahlen war es nicht verwunderlich, dass der Dreh- und Angelpunkt der Gespräche von Laurenz Meyer und Steffen Kampe-

ter mit den Vertretern des Bundesverbands der Phonografischen Wirtschaft, mit Musikmarkt, AKTIV Musik Marketing, VIVA oder BMG das Urheberrechtsgesetz war. Nach dessen Paragraph 53 ist es nämlich erlaubt, Platten oder Kassetten für den eigenen Gebrauch zu kopieren. Wie jedoch „privater Gebrauch“ definiert wird, darüber wird sich die Fachwelt noch einige Zeit streiten.

Angesichts der Vielzahl von Problemen, die die digitalen Hörfunk-Angebote, Multi-Channel-Konzepte, private Vervielfältigungen im Wege des *digitalen Klonens* und die an nationale Grenzen nicht gebundenen Netz- und Übermittlungsstrukturen aufwerfen, initiierte Laurenz Meyer die Einrichtung eines Dialogforums „Musik“. Unter der Fe-

derführung von Steffen Kampeter sollen sich Vertreter der Phonografischen Wirtschaft, der Musik-, der Soft- und Hardware-Industrie, aber auch Rechts- und Wirtschaftsexperten, Kultur- und Medienpolitiker sowie EU-Parlamentarier in regelmäßigen Abständen treffen und die wirtschaftlichen und rechtlichen Probleme, die sich aus den technologischen Veränderungen im Bereich „Neue Medien“ ergeben, einer politischen Lösung zuführen.

### Debatte im Bundestag vorgesehen

Als erster Schritt wurde verabredet, dass die Vertreter des Dialogforums „Musik“ die für September angekündigte Antwort der Regierung auf die Große Anfrage der CDU gemeinsam analysieren, damit die sich hieraus ergebenden Fragen bereits bei der ersten Debatte im Deutschen Bundestag erörtert werden können.

Die CDU versprach, die ersten Ergebnisse des Dialogforums „Musik“ im nächsten Jahr auf der POPKOMM 2002 zu präsentieren.

<http://www.cducsu.bundestag.de>  
Wortlaut der Großen  
Anfrage: [www.cducsu.bundestag.de](http://www.cducsu.bundestag.de)

# Regierungswechsel in der Hansestadt rückt in immer **greifbarere** Nähe

„Noch nie waren die Chancen für den Wechsel in Hamburg so gut wie in diesem Jahr. Noch nie war der Wunsch nach einem politischen Neuanfang in der Bevölkerung so deutlich zu spüren wie 2001. Jetzt heißt es, in der Schlussphase um jede Stimme zu kämpfen, um am 23. September unser Wahlziel zu erreichen!“ Mit diesen Worten gab Ole von Beust, Spitzenkandidat der Hamburger CDU, den Startschuss für die „heiße Wahlkampfphase“ in der Hansestadt.



*Auch im Direktvergleich mit Ortwin Runde liegt der CDU-Bürgermeisterkandidat Ole von Beust in der Wählergunst klar vorn.*

Bedingt durch die späten Sommerferien gibt es in Hamburg in diesem Jahr nur einen kurzen, aber dafür umso intensiveren Schlussspurt. Schon in knapp drei Wochen sind die rund 1,7 Millionen Hamburgerinnen und Hamburger zur Wahl eines neuen Landesparlaments (der Hamburger Bürgerschaft) und der sieben Kreisvertretungen (den Bezirksversammlungen) aufgerufen. 16 Parteien und Wählervereinigungen treten in diesem Jahr an. Die CDU konnte bei der Wahl im Jahre 1997 leider nur die Sil-

bermedaille in der Gunst der Wähler erreichen.

Mit dem Landesauschuss am 31. August beginnt für die Hamburger CDU der Endspurt im Bürgerschaftswahlkampf 2001. Unterstützt durch Gäste der schleswig-holsteinischen und niedersächsischen CDU, stimmen sich die Delegierten auf die letzten See-meilen (Tage) bis zum Hafen (Wahlsieg) ein. Die aktuellen Umfragen der Medien lassen das Ziel „Regierungswechsel in Hamburg“ und einen Ersten Bürgermeister Ole von Beust dabei in immer

greifbarere Nähe rücken. Mit 49 Prozent der Stimmen liegt ein möglicher bürgerlicher Block deutlich vor dem regierenden SPD/GAL-Senat unter Ortwin Runde mit nur 45 Prozent. Auch im Direktvergleich von Beust / Runde liegt der CDU-Kandidat in der Wählergunst klar vorn. Wenn man den Ersten Bürgermeister in Hamburg direkt wählen könnte, würden sich 43 Prozent der Wähler für Ole von Beust und nur 41 Prozent für Ortwin Runde entscheiden – ein, im Angesicht des normalerweise vorhandenen „Regierungsbonusses“, sicherlich doppelt bedeutsames Ergebnis und weiterer Beweis dafür, dass die Wählerinnen und Wähler den Wechsel wollen.

**Die Schlüsselbegriffe sind: Wirtschaft, Sicherheit, Verkehr**

Die Wahlkampfmaschine der Hamburger Christdemokraten gewinnt jetzt jeden Tag mehr an Fahrt. Unter den drei Schlüsselbegriffen „Wirtschaft“, „Sicherheit“ und „Verkehr“ infor-

mieren Mitglieder und Kandidaten an Ständen, auf Straßen und Plätzen die Hamburger täglich über die bessere Alternative für ihre Stadt, überzeugt Ole von Beust im persönlichen Gespräch von seinen Plänen für die Zukunft der Hansestadt.

### Mit mobilen InfoTeams überall dort, wo in Hamburg etwas los ist

Großen Anklang finden auch die mobilen InfoTeams der CDU mit ihren Smarts und VW-Lupos im „Ole von Beust-Design“, die überall dort präsent sind, „wo in Hamburg etwas los ist“. Mit den neuen Kino- und TV-Spots können zusätzliche Bürger erreicht und auf die Wichtigkeit der Wahl für die Zukunft der Stadt hingewiesen werden. Lust but not least verzeichnet auch der Internetwettbewerb [www.gewinnen-mit-ole.de](http://www.gewinnen-mit-ole.de) hohe Zugriffszahlen. Zusammen mit dem neugestalteten Internetauftritt der Hamburger CDU können sich die Hamburger auf vielerlei Weise über die CDU der Hansestadt und ihr Programm informieren.

<http://>

Wählen sie die Internetadresse:  
[www.cduhamburg.de](http://www.cduhamburg.de)

Frank und frei.  
Oder, sind Ihnen Politiker lieber, die zu allem Ja sagen?

Frank Steffel



VOLKER LIEPELT:

## Steffel – ein dynamischer Kandidat mit eigenem Stil

Ganz auf Frank Steffel abgestellt, den Spitzenkandidat der CDU bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 21. Oktober, ist das neue Plakat (oben), das nach den Worten von Wahlkampfleiter Volker Liepelt „einen unabhängigen, jungen,

dynamischen Kandidaten zeigt, der seinen eigenen Stil mitbringt“. Gleichberechtigt steht es neben dem ersten CDU-Plakat (unten), das die Wählerinnen und Wähler eindringlich vor einer möglichen Zusammenarbeit von SPD und PDS warnt.

**SPD/PDS: Verrat an der Vergangenheit.  
Falsch für die Zukunft.**



# Vertieftes **Verständnis** für Fragen, die über die Tagespolitik hinausgehen

Auf Einladung und mit Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung haben politisch interessierte Bürger und Mitglieder der Senioren Union des CDU-Kreisverbands Aueschwarzenberg das KAS-Bildungszentrum Schloss Wendgräben besucht.

Die Themen auf dem Programm: ■ „Regierungspolitik auf dem Prüfstand“ mit detaillierter Schilderung

## TIPPS FÜR DIE PARTEIARBEIT

der aktuellen Lage in Deutschland ■ „Europa neu gestalten“ mit Darlegung der Perspektiven der EU-Osterweiterung ■ „Rechtsextremismus – Geht uns

das was an?“ und ■ die „Parlamentarische Demokratie“ mit einer Diskussion über den Landtag als Forum der politischen Öffentlichkeit.

Für viele der Höhepunkt der Reise: ein Abstecher nach Berlin, ein Besuch des Reichstags und eine dreistündige Besichtigung des „neuen Berlin“ mit einer Erläuterung historischer und städtebaulicher Entwicklungen.

Überraschungsgäste – direkt aus dem Urlaub nach Wendgräben angereist: der



gang Dehnel. In den Gesprächen mit den beiden Gästen standen neben vielen anderen Themen die Familienpolitik und die demographische Entwicklung in Deutschland im Mittelpunkt.

## Politik hautnah

Die übereinstimmende Meinung aller fasste Emanuel Klan, Kreisvorsitzender der Senioren Union, mit den Worten zusammen: „Das war Politik hautnah in Berlin, aber auch Eröffnung von vertieftem Verständnis für Fragen, die über die Tagespolitik hinausgehen, durch die Referenten des Bildungszentrums der Konrad-Adenauer-Stiftung.“

UD

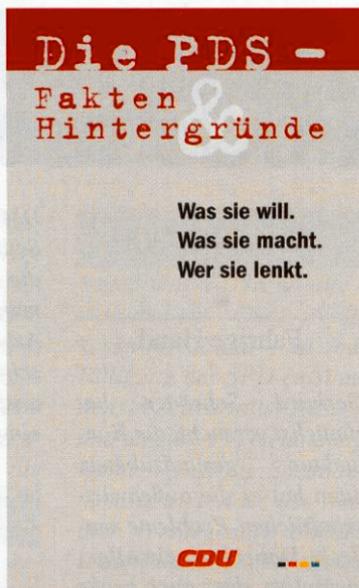


... aber urteilen Sie **selbst!**

**Die SED-Nachfolger an der Macht in der geeinten deutschen Hauptstadt?**

Viele Menschen lehnen eine Regierungsbeteiligung der PDS in Berlin und überhaupt strikt ab. Andere halten die PDS inzwischen für eine ganz normale Partei.

Unser Urteil ist eindeutig: Die PDS hat in einer Regierung nichts zu suchen. Aber urteilen Sie selbst. Hier die Fakten.



Die PDS-Broschüre der Bundesgeschäftsstelle erhalten Sie im IS-Versandzentrum Vermold: Bestell-Nr. 5764, Preis je 20 Exemplare 15,00 DM (7,67 Euro)

Was sie will.  
Was sie macht.  
Wer sie lenkt.

## STELLENAUSSCHREIBUNG

Die CDU Rheinland-Pfalz sucht zum 1. Dezember 2001 **zwei Kreisgeschäftsführer / Kreisgeschäftsführerinnen**

für die Leitung der gemeinsamen Geschäftsstelle der CDU Kreisverbände Frankenthal, Ludwigshafen-Stadt und Ludwigshafen-Land sowie für die gemeinsame Geschäftsstelle der CDU Kreisverbände Bitburg und Daun.

Das Anforderungsprofil für diese Positionen beinhaltet: ■ eine abgeschlossene qualifizierte Berufsausbildung oder ein Hochschulstudium ■ Erfahrung im Organisationsbereich ■ Medienkompetenz ■ qualifizierte Menschenführung ■ Kreativität. Bewerber, die sich für diese vielseitige und verantwortungsvolle Aufgabe interessieren, senden Ihre Unterlagen mit Lebenslauf und Zeugnissen bitte an:

**CDU-Landesverband Rheinland-Pfalz**  
Generalsekretär Friedrich Claudius Schlumberger  
Rheinallee 1a-d, 55116 Mainz

## Arbeitspapiere der Konrad-Adenauer-Stiftung

In vier „Arbeitspapieren“ hat sich auch der Bereich politische Kommunikation, Parteien- und Meinungsforschung der Konrad-Adenauer-Stiftung mit der PDS auseinandergesetzt:

■ *Der neue Programmentwurf der PDS.* Mit den Aussagen der Partei zu Demo-



kratie, Freiheit und Wirtschaftsordnung (Nr. 30/01)

■ *PDS – Systemveränderung am Kabinetttisch?* Mit einem Kapitel über die PDS-Gründungslegende (Nr. 32)

■ *Ambivalente Haltung gegenüber der PDS.* Die Lage in Berlin (Nr. 28)

■ *SPD und PDS auf Bundesebene:* Koalitionspartner im Wartestand? (Nr. 5)

[http://](http://www.kas.de)  
Bestellungen im  
Internet: [www.kas.de](http://www.kas.de)



## POLITBERATUNG

## Frischer Wind

Der frühere Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff hat es einmal zutreffend auf die Formel gebracht: Der Deutsche Bundestag ist mal voller, mal leerer – aber immer voller Lehrer! Es ist ein ewiges Dilemma: Der „Deutschland AG“ fehlt es an praxiserfahrenen Machern. Männer und Frauen, die Wirtschaft nicht nur vom Hören und Sagen kennen. Gewerkschaftsnahe Polit-Funktionäre und praxisferne Partei-Apparatschiks – davon haben wir genug. Wir brauchen in der Politik mehr Leute vom Schlag des erfolgreichen Jenoptik-Sanierers Lothar Spät. CDU-Chefin Angela Merkel und CDU-Spitzenkandidat Frank Steffel bringen jetzt frischen Wind in ihr Team: Macher, Manager, die wissen, dass man Arbeitsplätze mit Erfolg nicht gegen, sondern nur mit der Wirtschaft schaffen kann.

Bild-Zeitung

## KONJUNKTUR

## Fahrige Hand

Gerhard Schröder hat zunächst versucht, die Konjunktur gesundzubeten, dann hat er die außenwirtschaftlichen Probleme entdeckt. Dabei ist es ein Allgemeinplatz, dass auch große Volkswirtschaften im Zeitalter der Globalisierung Weltkonjunkturzyklen nicht entrichten können. Die Gründe der deutschen Arbeitsmarktprobleme allein in der schwachen US-Konjunktur zu suchen, lenkt von den hausgemachten Ursachen ab. Eine wichtige Ursache ist Schröders Inkonsistenz. Er betreibt eine Politik der fahrigten Hand. Statt den verkrusteten deutschen Arbeitsmarkt aufzubrechen, hat der Kanzler wie ein Old-Labour-Politiker, wie ein Chefregulierer gehandelt. Er hat die strukturelle Inflexibilität verschärft, den alten Kündigungsschutz in Kleinbetrieben wiederhergestellt, die Lohnfortzahlung heraufgesetzt, die 630-

DM-Arbeitsplätze und die Selbstständigkeit reguliert, die Betriebsratsmitbestimmung erweitert, befristete Arbeitsverhältnisse erschwert und einen Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit eingeführt. Handelsblatt

## STEUERN

## Durchschaubar machen

Auch diese Bundesregierung wird das Thema Steuerreform nicht mehr los. Aus zwei Gründen: Es ist für jede Opposition attraktiv, Wähler mit weniger Abgaben zu locken. Und dann wäre ein leicht durchschaubares Steuersystem ja auch wirklich mal angezeigt. Erinnern wir uns an Bundespräsident Roman Herzogs klare Worte aus dem August 1994: Er verstehe das System nicht mehr, dabei habe er sich als Verfassungsrichter zehn Jahre damit befasst. Herzog wollte die Steuervergünstigungen streichen, damit die Tarife ordentlich reduziert werden können. Darum geht's wieder: um eine Ver-



breiterung der Bemessungsgrundlage und niedrige Stufentarife. Zum Beispiel (höchstens) 15 Prozent Eingangsteuersatz, 25 Prozent für Jahreseinkommen zwischen 20000 und 60000 Mark, 35 Prozent Spitzensteuersatz. Und wird die Steuerreform schon nicht zur Wirtschaftsbelebung vorgezogen, sollte nun wenigstens ihr Zuschnitt ernsthaft diskutiert werden.

Der Tagesspiegel

## SOZIALHILFE

Es muß sich etwas ändern

Wenn jetzt Sozialdemokraten den vermeintlich unberechtigten Sozialhilfeempfänger als Problem ausmachen, ist dies mit besonderem Misstrauen zu betrachten. Schließlich reden sie über einen Missstand, den sie selbst mit zu verantworten haben. Sozialdemokraten, nicht zuletzt die Regierungschefs Brandt und Schmidt, haben hauptsächlich in den 70er-Jahren dazu

beitragen, das System der sozialen Sicherung – Arbeitslosengeld, Sozialhilfe – auszubauen. Die „Vollkasko-Mentalität“ ist mit Billigung der SPD entstanden. In Zeiten voller Kassen und sorgloser Verschuldung konnten sich die Sozialdemokraten die Idee des rundum versorgenden Staates leisten und sie konservieren. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Man hat in den vergangenen Jahren einfach nur gekürzt und gestrichen und verknappet. Doch noch immer erschöpft sich staatliche Verantwortung weitgehend darin, Geld zu überweisen. Mit Hilfe hat das oft wenig zu tun, schon gar nicht mit Hilfe zur Selbsthilfe. Es muss sich etwas ändern.

Berliner Zeitung

## PDS

Wie geschmiert

Die Mahner und Warner sollen auf der Stelle verstummen. Die PDS – nicht regierungsfähig? Nicht

„angekommen“ im bundesdeutschen System? Alles widerlegt. Mit der PDS in der Regierung läuft alles wie geschmiert. Wer dachte, zum Kennenlernen der bewährten politischen Handwerkszeuge aus der Abteilung Grauzone sei eine lebenslange politische Sozialisation im Westen nötig, ist jetzt eines anderen belehrt worden. Im Schweriner Bauministerium von PDS-Oberrealo Helmut Holter wurde mit großer Virtuosität das Meisterstück gefertigt. Und Holter selbst hat am Donnerstag die mündliche Prüfung bestanden. Natürlich sei alles mit rechten Dingen zugegangen, meint er: Dass die Fördermillionen überaus üppig an jene Firmaflossen, in der die Frau seines Staatssekretärs die Geschäfte und seine eigene ihren Lebensunterhalt besorgte – alles rechtens. Dass der Staatssekretär dennoch gehen muss: eine edle Tat, um angesichts „laut gewordener“ (natürlich haltloser) Vorwürfe Schaden von Partei und Land abzuwenden.

Frankfurter Rundschau

# Kommunalpolitische Blätter

6. August 2001  
53. Jahrgang

7-8/2001



**Integration: Den Menschen Heimat geben**

■ Bitte richten Sie Ihre Bestellung unter Angabe der Zahlungsart per Brief, Telefax oder Email an: Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · Telefon 022 26-80 21 22 · Telefax 022 26-80 21 11 oder per Email an: [info@ubg-medienzentrum.de](mailto:info@ubg-medienzentrum.de) ■ Wir liefern Ihnen auf Wunsch auch gerne ein Probeexemplar.



**BEB**

Unternehmen Erdgas  
<http://www.beb.de>

Da steckt Energie drin!

## „Kommunalpolitische Blätter.“

■ Seit 53 Jahren die kommunalpolitische Fachzeitschrift für Mandats- und Funktionsträger in den Kommunen. ■ Zum Jahresbezugspreis von 138,60 DM einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer erhalten Sie 11 x im Jahr die „Kopo“ mit lebendig präsentierten Fachthemen zur Kommunalpolitik, Interviews, Reportagen, Personalien und Beiträgen zu Kultur und Geschichte.

# VERANSTALTUNGEN, (ANVASSING)

## Ordnerarmbinden

Best.-Nr.: **0301**  
50 Expl.: 40,00 DM/  
20,45 EURO



**CDU Hißflagge,**  
weiß mit rotem  
Schriftzug CDU

**Hochformat**  
1,5 m x 3,5 m  
Best.-Nr.: **0295**  
1 Expl.: 49,00 DM/  
25,05 EURO



**Querformat**  
3 m x 2 m  
Best.-Nr.: **0496**  
1 Expl.: 49,00 DM/  
25,05 EURO



## Mappe für Informationsmaterialien

DIN A4  
Best.-Nr.: **0398**  
100 Expl.: 35,00 DM/  
17,90 EURO



**CDU Hißflagge,**  
blau mit rotem  
Schriftzug CDU

**Hochformat**  
2 m x 4 m  
Best.-Nr.: **0651**  
1 Expl.: 56,00 DM/  
28,63 EURO

## PVC-Hinweisschild

18 x 38 cm  
Best.-Nr.: **0542**  
25 Expl.: 35,00 DM/  
17,90 EURO

**Logo-Bogen CDU**  
12 Aufkleber in ver-  
schiedenen Größen

Best.-Nr.: **0546**  
1 Rolle: 29,00 DM/  
14,83 EURO





Union Betriebs GmbH  
Postfach 1190  
53348 Rheinbach  
PVSt, Deutsche Post AG  
Entgelt bezahlt.

**Unser Dank  
für Ihr Vertrauen  
CDU**

**Überkleber „Wir danken für Ihr Vertrauen“**

42,5 cm x 15 cm

Best.-Nr.: **8196**

250 Expl.: 39,50 DM/

20,20 EURO

**BESTELLANSCHRIFT**

Bertelsmann Distribution GmbH  
– IS-Versandzentrum –  
Postfach 1162.33759 Versmold  
Telefax 05241-804 1892  
e-mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de